



In unserem Land befindet sich der christliche Glaube sichtbar auf dem Rückzug. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und vielleicht auch auf die Fünfliber-Inschrift.



Wird der Fünfliber abgeschafft?

Land ohne Kompass



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat, Vizepräsident der Kantonalpartei, PfäffikonZH

Die «Ich AG» ist definitiv in der Schweiz angekommen. Selbstverwirklichung statt Dienst am Nächsten ist Trumpf. Gegen diesen Werteverlust kämpft die EVP. Sie setzt sich ein für eine Haltung des Dienens, welche das Wohl des Andern in den Mittelpunkt stellt. Triebfeder dafür ist der christliche Glaube.

Die Bekenntnisse der offiziellen Schweiz könnten uns eigentlich zuversichtlich stimmen. Auf der Schweizerfahne leuchtet das christliche Kreuz. Die Bundesverfassung wird eingeleitet durch die frommen Worte «Im Namen des Allmächtigen!». In der Präambel zur Verfassung findet sich u.a. der Satz «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen». Und auf dem Fünfliber-Rand steht eingepreßt «Dominus providebit», «Der Herr sieht vor». Lauter christliche Werte, was wollen wir noch mehr?

Christentum auf dem Rückzug

Ein Blick auf die gelebte Gegenwart macht jedoch nachdenklich. Weihnachten war einmal das Fest der Geburt von Jesus, heute dominiert der Samichlaus. Aus Ostern ist das Fest der Osterhasen und Ostereier geworden, die Auferstehung Jesu ist nur noch eine Randnotiz. Wer Sozialhilfe bezieht, steht unter dem Generalverdacht des Sozialmissbrauchs. Und der Kampf gegen die Flüchtlinge verspricht hohe politische Dividenden.

Tragende gesellschaftliche Werte sind in unserem Land ins Rutschen geraten. Tugenden wie Wertschätzung von andern Menschen, Hilfsbereitschaft, Treue, Verantwortungsbewusstsein und Solidarität befinden sich auf dem Rückzug. Sie alle fassen auf der christlichen Ethik, die ihrerseits in den alttestamentlichen 10 Geboten ihre Grundlage findet. Müssen wir den Fünfliber bald durch eine Münze ersetzen, auf welcher statt «Dominus providebit» steht «Homo sapiens helveticus providebit» (Der Schweizer Mensch sieht vor)?

In unserem Land befindet sich der christliche Glaube sichtbar auf dem Rückzug. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Betroffen sind zunächst die Menschen, die auf die Stütze

der Gesellschaft angewiesen sind: Menschen in materiellen Notlagen, Schutz Suchende aus dem In- und Ausland. Der schwindende Zusammenhalt gefährdet aber längerfristig auch unsere eigenen Kinder. Sie wären auf intakte Familien angewiesen.

EVP bleibt Evangelium treu

Die EVP politisiert auf der Grundlage des Evangeliums von Jesus Christus. Dieser definierte den zentralen Wert der christlichen Nächstenliebe einst ganz pragmatisch: «So wie ihr von den Menschen behandelt werden möchtet, so behandelt sie auch.» Die EVP bemüht sich, diese «goldene Regel» in den politischen Alltag einzubringen. Damit wir die guten alten Fünfliber nicht entsorgen müssen!

EDITORIAL



Gerhard Fischer
EVP-Kantonsrat
Bäretswil

Liebe Leserin, lieber Leser

Respekt öffnet den Zugang zu den Menschen. Die biblische Aussage. «Einer achte den andern höher als sich selbst» offensiv zu leben, heisst für uns als EVP, alle Menschen gleich welchen Standes und welcher Herkunft zu respektieren. Respekt macht ein friedliches und wertschätzendes Zusammenleben in unserer Gesellschaft überhaupt erst möglich. Ich erlebe immer wieder, wie Menschen, denen ich mit Respekt und Herzlichkeit begegne, buchstäblich aufblühen und sich zum konstruktiven, ehrlichen Dialog öffnen. Respekt fordert uns als EVP heraus, das Wohl aller Menschen im Blick zu behalten und der ganzen Schöpfung in Verantwortung unserem Schöpfer gegenüber Sorge zu tragen.



Nein zur Änderung des Notariatsgesetzes

Besteuerung von grossen Immobiliengeschäften beibehalten

■ WALTER MEIER, EVP-KANTONSRAT, USTER

Im Notariatsgesetz sollen die Grundbuchgebühren um ein Drittel reduziert werden (1,0 statt 1,5 Promille). Die EVP hat die letzte Reduktion 2009 von 2,5 auf 1,5 Promille mitgetragen. Es gibt keinen Grund für eine weitere Senkung, zumal die Befürworter nicht sagen, wie der Einnahmehausfall von 16 Mio. Franken kompensiert werden soll. Die Notariate arbeiten insgesamt, d.h. für die 3 Bereiche Grundbuch, Notariat und Konkursamt, kostendeckend und erwirtschaften einen bescheidenen Gewinn. Dieser Gewinn stammt ausschliesslich von den grossen Grundstücksgeschäften. Diejenigen der kleineren Kunden sind nicht kostendeckend. Mit dem Gewinn von den grossen Geschäften wird das stark defizitäre Konkursamt, dessen Gebühren vom Kanton nicht beeinflusst werden können, quersubventioniert. Es gibt keinen Grund, die

bescheidene Besteuerung der «Grossen» aufzuheben. Bezahlen müssten die Zeche wie immer diejenigen, die im Bereich Bildung, Sozialwesen, öffentlicher Verkehr usw. auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Die EVP lehnt die Vorlage einstimmig ab.



Keine Dumpingpreise für grosse Immobiliengeschäfte

Nein zur Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes

Straffung der Beschwerde- und Rekursverfahren verfehlt das Ziel

■ WALTER MEIER, EVP-KANTONSRAT, USTER

Eine Mehrheit des Kantonsrates hat – gegen den Willen der Regierung – im Verwaltungsrechtspflegegesetz eine einheitliche Frist von 30 Tagen für sämtliche Stellungnahmen zu Beschwerden und Rekursen gegen behördliche Entscheide eingeführt. Was nach Straffung und Rationalisierung von verwaltungsrechtlichen Verfahren tönt, stellt sich jedoch als ungeeig-

nete Gleichmacherei dar. Ungleiches gleich zu behandeln ist weder zielführend noch schafft es mehr Gerechtigkeit. Die EVP betrachtet die bisherige Regelung als ausgewogen. Sie erlaubt es, die Fristen für eine Stellungnahme der konkreten Situation anzupassen. Solche Fristen können z.B. bei einem Haftrekurs sehr kurz und bei einem komplexen Baurekurs entsprechend länger sein. Mit einem NEIN wird diese Differenzierung beibehalten.

IN KÜRZE

Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG). Das von der EVP Schweiz mitgetragene Referendum gegen das revidierte FMedG ist zustande gekommen. Der Abstimmungstermin steht noch nicht fest. Es bedarf einiger Anstrengungen, dem Volk den Widerstand gegen die Lockerung des Umgangs mit Embryonen plausibel zu machen. Doch das ungeborene Leben braucht unseren ungeteilten Schutz.

Präsidentenwechsel. In Bülach wurde für Gemeinderat **Marco Maggetti** neu **Christoph Denzler** zum EVP-Präsidenten Gemeinderat gewählt. In Zürich 11/12 hat alt Kantonsrat **Peter Ritschard** das Präsidium von **Werner Wehrli** übernommen. Und in Gossau übernimmt **Beat Monhart** das Präsidium von **Margrit Schübach**.

Präsidentenwechsel in der Gruppe Justiz und Recht. Nach über 10 Jahren hat Verwaltungsrichter **Lukas Widmer** das Präsidium an Oberrichter **Michael Spahn** übergeben.

Neu in die **Schulpflege Dietikon** gewählt wurde **Manuela Ehmann-Nydegger**. Die EVP konnte den Sitz von der GLP übernehmen, mit der sie eine Fraktionsgemeinschaft hat. Neu besetzt die EVP 2 Sitze in der Schulpflege.

Neuer **Gemeinderat** in Seuzach ist **Hans-Peter Häderli**. Er wurde in einer Kampfwahl gegen eine CVP-Kandidatin in die kommunale Exekutive gewählt.

Evangelisch-reformierte Kirchensynode: **Ruth Kleiber**, alt-Kantonsrätin, Winterthur, wurde neu zur 1. Vizepräsidentin gewählt.

ANZEIGEN

CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien
Gruppenaufenthalte
Seminare

www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50

Berggenuss schon ab CHF 98.00 pro Person / Nacht mit Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

silserhof

7515 Sils-Baselgia (Engadin)

vch HOTELS
Verband Christlicher Hotels

Nein zur Bildungsinitiative

Gut gemeint, aber nicht umsetzbar



Johannes Zollinger
EVP-Kantonsrat, Schul-
präsident, Wädenswil

Mit der Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung (Bildungsinitiative)» sollen Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Zürich die öffentlichen Bildungseinrichtungen gratis benutzen können. Bildung sei das höchste Gut, argumentieren die Initianten und fordern, der

Staat müsse dafür sorgen, dass alle Bildungswege allen zugänglich sind, egal ob arm oder reich.

Stipendien statt Gratis-Uni

Die Bundesverfassung garantiert den unentgeltlichen Besuch der öffentlichen Volksschule. Gemäss kantonaler Gesetzgebung werden an den Zürcher Mittelschulen für den obligatorischen Unterricht keine Schulgelder erhoben. Anders an der Universität und an der Zürcher Fachhochschule. Hier betragen die Gebühren

720 Franken pro Semester, die Einschreibung kostet einmalig 100 Franken. Diese Gebühren sind massvoll, und das Stipendiensystem ermöglicht auch bei geringen finanziellen Mitteln einen Abschluss auf der Sekundarstufe II oder auf der Hochschulstufe. Der Verzicht auf die Erhebung von Gebühren würde entweder zu einer Verringerung der Mittel bei den betroffenen Schulen führen oder beim Kanton erhebliche Mehrkosten von rund 116 Mio. Franken verursachen. Die EVP empfiehlt einstimmig ein NEIN.

Nein zur Durchsetzungsinitiative

EVP gegen unmenschliche Ausschaffungen



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin,
Winterthur

2010 hat das Volk die Ausschaffungsinitiative angenommen. Noch bevor das Parlament das Ausführungsgesetz dazu beschliessen konnte, doppelte die SVP mit einer Durchsetzungsinitiative nach. Diese will in der Bundesverfassung eine ellenlange Liste von Delikten festschreiben, welche automatisch zur Ausschaffung von fehlbaren ausländischen Staatsangehörigen führen. Die Durchsetzungsinitiative steht damit im Gegensatz zu dem inzwischen fristgerecht vom Parlament beschlossenen Ausführungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative. Der Hauptunterschied besteht darin, dass das Ausführungsgesetz eine Härtefallklausel enthält. Es berücksichtigt damit das verfassungsmässige Grundprinzip der Ver-



Ausschaffungsgefängnis: Sollen auch Secondos hier landen?

hältnismässigkeit. Statt einer automatischen Ausschaffung verlangt das Gesetz eine individuelle Prüfung der Zumutbarkeit der Ausschaffung. Schweizer und Ausländer, welche Delikte begangen haben, werden gleichermaßen bestraft. Wer als Ausländer zusätzlich noch

ausgeschafft werden soll, hat nach unserem Verständnis des Rechtsstaats Anspruch auf Prüfung seiner persönlichen Situation. Nur so lassen sich unmenschliche Ausschaffungen vermeiden. Die EVP sagt NEIN zu einer unmenschlichen Schweiz.

Ja zu einem Zeichen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln

Versteckter Gegenvorschlag vermag nicht zu überzeugen



Renato Pfeffer
EVP-Präsident,
Richterswil

Eine Volksinitiative der Jusos will den Bund verpflichten, sich auf internationaler Ebene gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln einzusetzen. Ausserdem sollen zum Handel mit Ag-

rarstoffen und Nahrungsmitteln an der Terminbörse nur noch Produzenten und Händler zugelassen werden, nicht aber Finanzakteure mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz. Dass Produzenten von Nahrungsmitteln sich gegen Preisschwankungen absichern, ist nicht zu beanstanden. Stossend ist dagegen das Spekulieren mit Nahrungsmitteln auf dem Buckel der Ärmsten. Die Schweiz ist zwar für den Agrarhandel nur ein kleiner Finanzplatz. Dieser

soll aber sauber sein. Wie dies mit einer Änderung des Finanzinfrastrukturgesetzes erreicht werden soll, den die Gegner als versteckten Gegenvorschlag verstehen, ist nur schwer nachvollziehbar. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vertraut dem Symbolcharakter der Initiative mehr. Sie sprach sich deshalb mit 86 Ja zu 15 Nein für die JA-Parole aus und wollte damit ein Zeichen für Gerechtigkeit und Menschenwürde setzen.

Ja zur Lohndumping-Initiative

Lohndumping schadet den ehrlichen Arbeitgebern



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat,
Affoltern am Albis

Im Kanton Basel-Landschaft haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor zwei Jahren auf eine Verschärfung der Sanktionen gegen Lohndumping geeinigt. Eine analoge Regelung wird im Kanton Zürich von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. So bleibt nur der Weg über eine Initiative. Für diese setzen sich neben der EVP und den Gewerkschaften viele gewerbliche Arbeitgeber ein. Dies aus guten Gründen.

Ist die EVP nicht im falschen Boot, wenn sie die von gewerkschaftlicher Seite eingebrachte Lohndumping-Initiative einstimmig unterstützt? Keineswegs. Die EVP prüft bei politischen Fragestellungen stets die Inhalte und nicht den Absender. Bei der Lohndumping-Initiative fällt die Prüfung des Inhalts ausgesprochen positiv aus: 1. Es besteht dringender Handlungsbedarf. 2. Die vorgeschlagene Lösung überzeugt, weil sie griffig und massvoll ist.

Ausgewiesener Handlungsbedarf

Besonders auf Grossbaustellen werden immer wieder Arbeiter aus dem Ausland zu Hungerlöhnen eingeschleust. Der Generalunternehmer schiebt die Verantwortung auf den Erstauftragsnehmer ab, dieser wiederum auf seinen Sub-Unternehmer und dieser womöglich noch auf einen Sub-Sub-Unternehmer oder auf Schein-Selbstständige aus dem Ausland. Die grossen Skandale sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Die an sich möglichen Sanktionen sind zu schwach und kommen häufig zu spät. Geschädigt sind neben den direkt Betroffenen



Unterbezahlte Arbeitskräfte auf Grossbaustellen – leider keine Seltenheit

ganz besonders auch die ehrlichen Arbeitgeber, die sich an die Regeln in Gesetzen und Gesamtarbeitsverträgen halten. Die im geltenden Recht vorgesehenen Sanktionen sind ungenügend, weil sie zu schwach sind, zu spät greifen und nicht konsequent umgesetzt werden können.

«Fast noch wichtiger ist die indirekte Wirkung: Ehrliche Arbeitgeber sind mit ihren Offerten konkurrenzfähig und können so ihre Arbeits- und Lehrstellen erhalten.»

Überzeugende Lösung

Die Lösung der Initiative überzeugt: Bei begründetem Verdacht von Lohndumping können die betroffenen Arbeiten – und nicht etwa die ganze Baustelle – eingestellt werden. Der entsprechende Arbeitgeber muss vorher auf die

Konsequenzen seines Verhaltens ausdrücklich aufmerksam gemacht werden. Das rechtliche Gehör wird also gewährt, aber die fehlbare Firma kann das Untersuchungsverfahren nicht verschleppen. Nur so kann ein Lohndumping-Tatbestand einwandfrei festgehalten werden. Insbesondere sind die betroffenen Arbeitnehmer noch greifbar und es kann geklärt werden, in welcher Funktion sie wie lange zu welchem Lohn gearbeitet haben. Sind sie nicht korrekt bezahlt worden, werden sie entschädigt und der fehlbare Arbeitgeber wird empfindlich gebüsst. Fast noch wichtiger ist die indirekte Wirkung: Ehrliche Arbeitgeber sind mit ihren Offerten konkurrenzfähig und können so ihre Arbeits- und Lehrstellen erhalten.

Das JA zur Lohndumping-Initiative ist breit abgestützt. Für die Initiative setzt sich neben der einstimmigen EVP u.a. auch ein Komitee mit über 100 gewerblichen Arbeitgebern ein. Weitere Infos: www.lohdumping-initiative.ch.

ANZEIGE

Zwei langjährige Mitglieder unseres Kaders gehen bald in Pension. Deshalb suchen wir per April 2016 oder nach Vereinbarung:

- Bereichsleitung Pflege und Betreuung
- Bereichsleitung Facility Management

Detaillierte Informationen unter:
www.stellen.raemismuehle.ch



Nein zur zweiten Gotthardröhre

Schwerverkehr gehört auf die Schiene



Tobias Mani
EVP Wädenswil

Die bevorstehende Eröffnung des Gotthard-Basistunnels und die Vorlage «Sanierung Gotthard-Strassentunnel» passen nicht zusammen. Dank Basistunnel steht für den Schwerverkehr die nötige Kapazität schon bereit. Die zweite Gotthardröhre macht die Schweiz erpressbar für einen vierspurigen Strassenverkehr – der entsprechende Druck von EU und Strassenlobby wird die Öffnung früher oder später erzwingen. Die mit dem Alpenschutz-Artikel in der Bundesverfassung festgelegte Begrenzung des Schwerverkehrs auf 600'000 Fahrten jährlich lässt sich so mit Sicherheit nicht halten.

Ein NEIN zur zweiten Gotthardröhre verunmöglicht die Sanierung des bestehenden Strassentunnels nicht. Es braucht dafür auch keine Vollsperrung, Nachtsperren genügen. Der Ferien-Stau am Gotthard ist viel weniger schlimm

als der tägliche Stau im Mittelland. Zudem ist die Sanierung ohne zweite Röhre eine Milliarde billiger und beansprucht erheblich weniger Land im engen Kanton Uri. Die EVP empfiehlt ein NEIN mit 108 zu 25 Stimmen.

Stau auf der Nordumfahrung: Der tägliche Stau findet im Mittelland statt



Ja zur Volksinitiative gegen die Heiratsstrafe

Benachteiligung von 80'000 Ehepaaren beenden



Nik Gugger
EVP-Kantonsrat,
Winterthur

Viele Ehepaare zahlen höhere Steuern als Konkubinatspaare, weil sie richtigerweise gemeinsam besteuert werden. Eine Individualbesteuerung löst das Problem nicht, sie wäre vielmehr ein Bürokratiemonster mit hohen Steuerausfällen. Die Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» weist einen gangbaren Weg.

Durch die Heirat werden die Ehegatten zur ehelichen Gemeinschaft verbunden. Sie versprechen sich dadurch nicht nur gegenseitigen Beistand und Treue, sondern bilden auch wirtschaftlich eine Einheit. Diese Einheit kann sehr verschieden gestaltet werden. Mein und Dein lassen sich aber nur mit grossem Aufwand auseinanderhalten. Zu Recht werden Ehepaare – und mit ihnen auch Menschen in registrierter Partnerschaft – deshalb gemeinsam besteuert. So müssen sie auf ihrer Steuererklärung ausser beim Erwerbs- und Renteneinkommen nicht auseinanderhalten, wem welche Vermögensbestandteile gehören und wem welche Kapitalerträge zustehen. Der grossen Vereinfachung beim Ausfüllen der Steuererklärung entspricht ein viel geringerer Aufwand beim Steueramt. Diese kostengünstige Lösung will die Initiative beibehalten.

Die gemeinsame Besteuerung der Ehepaare hat für diese aber auch einen Nachteil. Ihr ge-

meinsames Einkommen wird höher besteuert als wenn die beiden Einkommen einzeln besteuert würden. Dies ist eine Folge der höheren Steuersätze auf höheren Einkommen (sog. Steuerprogression). Mit verschiedenen Abzügen wird versucht, diese unerwünschte Mehrbelastung zu korrigieren. Mit mässigem Erfolg. Die einzige praktikable Lösung wäre ein Steuer-splitting, bei welchem die beiden Einkommen zusammengezählt und dann zu dem für das halbe Einkommen geltenden Tarif zweifach besteuert werden. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle haben bisher jedoch dazu geführt, dass diese einfache Lösung verworfen wurde. Steuervorteile zugunsten des Staates und zulasten von Familien – das darf kein Grund gegen die Abschaffung der Heiratsstrafe sein!



Ehepaare tragen auch Lasten

Bei der Initiative gegen die Heiratsstrafe geht es um mehr als nur um einen schwer verständlichen Streit um verschiedene Besteuerungsmo-

delle. Es geht auch ganz entscheidend darum, wie sich das Schweizer Volk zu Ehe und Familie stellt. Diesbezüglich ist die Sache für die EVP aufgrund ihres christlichen Familienbildes klar. Sie sagt JA zu Ehe und Familie und stellt sich damit gegen die die Ehepaare treffende Heiratsstrafe.

BEHÖRDENMITGLIED



Elsbeth Kuster

Schulpflegerin, Thalwil

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich für eine Schule einstehe, die den Kindern und den Lehrpersonen gleichermassen Sorge trägt
- ... die Schule mit ihrer Vielfalt und der Integration aller Kinder einen wichtigen Grundstein für die Entwicklung unserer Gesellschaft legt
- ... ein aktives und attraktives Dorfleben ein grosses Stück Lebensqualität ist.

Lebe Frieden jeden Tag!

Suche nach Frieden im Haus der Religionen und an der StopArmut-Konferenz

■ NANCY BOLLETER, WINTERTHUR
MARGRIT WÄLTI, HENGGART

50 EVP-Frauen haben das Haus der Religionen in Bern besucht. In diesem Haus ist die Sehnsucht nach einem friedlichen Zusammenleben verschiedener Religionen besonders spürbar. Und an der StopArmut-Konferenz wurde das Thema Frieden mit der Bekämpfung der Armut verbunden.

EVP-Frauen im Haus der Religionen

Im Haus der Religionen werden jüdische, christliche, islamische, buddhistische und hinduistische Glaubenstraditionen gelebt. Im November 2009 wurde der christliche Verein «Kirche im Haus der Religionen» gegründet. Die Verantwortlichen wollen im Sinne einer Theologie der Begegnung das Zusammenleben in religiöser Vielfalt praktisch üben und so ein friedliches Miteinander innerhalb der religiös pluralistischen und multikulturellen Schweizer Gesellschaft fördern. Dem Verein sind reformierte, römisch-katholische, christkatholische, methodistische, Herrnhuter und äthiopisch-orthodoxe Mitglieder angeschlossen. Im ersten Jahr seit der Inbetriebnahme hat sich das Zusammenleben eingespielt. Nicht dass es nie Probleme gäbe, aber diese werden immer im Gespräch gelöst.

Beim Besuch der EVP-Frauen hielt eine junge Islam-Wissenschaftlerin - ursprünglich aus Bosnien, aufgewachsen in Glarus - einen sehr interessanten Vortrag. Sie studiert in Fribourg und arbeitet mit am Ziel, ein Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft aufzubauen. In ihrer Familie erlebt sie einen pragmatischen Umgang mit der Religion, wie das in Bosnien üblich ist. Sie trägt ein Kopftuch, ihre Schwester hingegen nicht. Sie erklärte uns das Leben der Muslime im Alltag und in der Öffentlichkeit. Dass z.B. Töch-



Christliche Kirchen verfügen über sehr unterschiedliche Ausdrucksformen

ter schlechter behandelt werden als Söhne, sei kulturell bedingt. Das sei nicht nur bei muslimischen Familien der Fall. (Wir erinnern uns, dass das bis vor einigen Jahren auch in der Schweiz normal war. Wir kennen viele solche Beispiele.) Im Gegensatz dazu hätten Mütter eine ausgeprägte Vorrangstellung.

Im ökumenischen Raum des Hauses erhielten wir vom Geschäftsleiter, D. Leutwyler, Antworten auf unsere Fragen zum Haus und den Religionen. Beim Anblick der Gestaltung des Raumes wird einem bewusst, wie unterschiedliche Symbole allein schon christliche Kirchen haben. Anschliessend feierten wir eine Andacht.

StopArmut = Frieden fördern

Dieses Thema beschäftigte die StopArmut-Konferenz 2015. StopArmut ist eine Kampagne der SEA. Mehrere EVP-Frauen und -Männer waren an der Konferenz dabei als Ausstellende, als Helfende oder teilnehmende Friedensuchende. Eine der Hauptreferentinnen, Friedens-Nobelpreisträgerin Leymah Gbowee aus Liberia, berichtete, wie sie ihre Gaben und ihren Glauben für den Frieden einsetzt. Sie mobilisiert Frauen zum Gebet und organisiert Protestaktionen.

Leymah Gbowee sieht Frieden als Menschenrecht. Wir müssen wegsehen von dem, was uns trennt, um das Gegenüber als Mensch zu sehen. Eine Kultur des Friedens fördert Würde für alle Menschen und sieht genügend Wohlstand für alle vor - Frieden ist nur möglich mit weniger Armut. Im Krieg ist es nicht möglich, Armut zu bekämpfen. Leymah Gbowee bewegt Frauen mit der Überzeugung, dass Mütter rundum Augen haben und das Unrecht sehen. Sie schloss ihre Ansprache wie folgt: «Wenn du glaubst, dass Frieden möglich ist, dann lebe Frieden jeden Tag. Übe jeden Tag eine mutige Tat aus!»

Die vielfältigen Workshops der Konferenz gaben Zeichen der Hoffnung. Ein Beispiel: Nina Ariely Zaugg, eine Jüdin mit Wurzeln in Irak, Israel und der Schweiz, sucht das Verbindende für das Zusammenleben in Israel/Palästina. Ueli Bachmann von TearFund berichtete über Projekte in Südsudan. Die zwei weiteren Hauptreferenten Manuel Sager, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, und Lukas Amstutz vom Theologischen Seminar Bienenberg, sprachen von Schalom im Sinne von Rückkehr zur Gerechtigkeit, zum Frieden feiern, fördern und bezeugen - das ist weit mehr als persönlicher Friede.

ANZEIGE

Getreuer Umgang mit Finanzen

«Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist...»

■ MARK WISSKIRCHEN, EVP-STADTRAT (FINANZ-VORSTAND), KLOTEN

Im Parteiprogramm der EVP Schweiz findet sich das Kapitel «Staatsfinanzen» ganz am Schluss. Ist denn das liebe Geld für evangelische Politikerinnen und Politiker kein Thema?

Richtig ist, dass das Geld für uns nicht zuoberst auf der politischen Traktandenliste steht. Unwichtig sind Finanzen deshalb aber nicht. Das Evangelium lehrt uns bekanntlich einen pragmatischen Umgang mit dem Geld: «Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist» (Mt. 22,21) – «Hütet euch vor jeder Art Habgier! Denn auch dem, der im Überfluss lebt, wächst sein Leben nicht aus dem Besitz zu» (Luk 12,15). Uns ist bewusst, dass die finanziellen Mittel, die dem Staat als Steuern, Gebühren oder Zölle zur Verfügung gestellt werden, anvertrautes Geld sind.

«Staatliche Leistungen gibt es nicht gratis.»

Mit diesem Geld wollen wir sorgfältig umgehen. Andererseits ist für uns aber auch klar, dass die zahlreichen Aufgaben, die dem Staat auf dem Weg der Gesetzgebung, mit Bauvorlagen oder anderswie übertragen werden, auch bezahlt werden müssen. Staatliche Leistungen gibt es nicht gratis. Gesunde Staatsfinanzen auf allen politischen Ebenen sind entscheidend für das Gemeinwohl. Eine übermässige Verschuldung, welche die Bezahlung der heute bestellten Leistungen auf die nächste Generation verschiebt, lehnen wir ab. Die EVP setzt sich deshalb konsequent für einen ausgeglichenen Staatshaushalt ein.

Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung

Nicht übersehen werden darf dabei, woher das

Geld kommt, das der Staat ausgibt. Es muss zuerst erwirtschaftet werden. Das geschieht auf vielfältige Art und Weise in der Wirtschaft. Wie das Geld verdient werden soll, wissen die Individuen besser als der Staat. In diesem Sinne setzt die EVP auf eine liberale Wirtschaftsordnung. Diese braucht aber auch verlässliche Rahmenbedingungen. Sie zu setzen, ist Aufgabe des Staates. «Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung» ist das Stichwort, unter dem im bereits zitierten EVP-Programm das Kapitel Wirtschaft steht. Dazu gehört u.a. die Absage an jeden Schutz von Schwarzgeld oder auch der Kampf gegen Lohndumping. Wichtig ist aber auch das Eintreten für den Erhalt der Bilateralen Verträge mit der EU, wobei die darin enthaltene Personenfreizügigkeit nicht zu einer unkontrollierten Einwanderung führen darf.

Unseliger Steuerwettbewerb

Ein besonderes Kapitel ist der Steuerwettbewerb. Soweit der Steuerwettbewerb zwischen Kantonen oder Gemeinden dazu führt, dass

diese ihre Leistungen kostengünstig erbringen, ist nichts dagegen einzuwenden. In der Vergangenheit hat der Steuerwettbewerb aber wiederholt auch zu unsinnigen Opfern geführt. So sind direkte Nachkommen während langer Zeit im Erbfall unangefochten massiv besteuert worden, und zwar richtigerweise erheblich zurückhaltender als weiter entfernte Erben. Als aber einzelne Kantone angingen, die direkten Nachkommen ganz von der Erbschaftssteuer zu befreien, zogen die andern unter dem Druck des Wettbewerbs widerwillig nach. Der dadurch bewirkte Rückgang der Erträge der Erbschaftssteuer musste zwangsläufig durch andere Einnahmen kompensiert werden. Es braucht nicht viel Fantasie, um zu erraten, dass dies auf dem Buckel der Normalverdiener geschah. Verlierer waren u.a. auch die Ehepaare, die nur teilweise von der Heiratsstrafe entlastet wurden. Zu solchen unerwünschten Entwicklungen versucht die EVP Gegensteuer zu geben. Dass sie dabei nicht immer erfolgreich war, hindert sie nicht daran, am Ball zu bleiben.

Klotens Finanzen in guten Händen: EVP-Stadtrat Mark Wisskirchen vor seinem Steueramt



VORSTÖSSE IM KANTONS RAT

Flüchtlingshilfe

Gerhard Fischer fordert den Regierungsrat auf zu prüfen, wie er sich für die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge einsetzen kann (2015 152)

FIFA

Markus Schaaf fordert in einer Parlamentarischen Initiative, dass «Vereine mit einer Bilanzsumme von mehr als einer Milliarde Franken» wie Kapitalgesellschaften besteuert werden. FIFA lässt grüssen (2015 178)

Frühpensionierung

Johannes Zollinger verlangt bei der AHV eine vernünftige Anpassung der Regelung für Frühpensionierte, welche teilweise weiterarbeiten (2015 225)

Kohlenstoffblase

Daniel Sommer weist hin auf die Risiken für Anleger im Finanzmarkt bei Firmen, die fossile Energien fördern. Er will dazu Details in Erfahrung bringen, insbesondere auch von der BVK (2015 32)

Klassengrösseninitiative

Hanspeter Hugentobler verlangt Auskunft, warum sich die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Klassengrösseninitiative der EVP verzögert hat (2015 313)

Sexualpädagogik

Johannes Zollinger verlangt Auskunft über den verantwortungsvollen Umgang mit dem Lehrmittel «Sexualpädagogik der Vielfalt» (2015 156)

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Winterthur: Budget-Kompromiss dank EVP

Maximalforderungen von Links und Rechts enden in einem Kompromiss



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin im Grossen Gemeinderat Winterthur

Die Schlacht um das Budget 2016 der Stadt Winterthur ist geschlagen. Die EVP-Fraktion hat sich einmal mehr als Brückenbauerin bewährt.

Die emotionalste Sache in jedem Parlament ist das Ringen um das Budget. Das war auch im Dezember im Winterthurer Parlament der Fall.

Umstritten waren im Budgetantrag des Stadtrats vor allem die Personalmassnahmen (automatischer Stufenanstieg und Leistungsanteil), wie sie im Personalstatut der Stadt Winterthur festgeschrieben sind. Emotionen weckte auch die geplante Erhöhung des Steuerfusses um 3%.

EVP-Kompromiss statt Maximalforderungen

Im Vorfeld der Beratungen wurde klar, dass beides keine Mehrheiten findet. Die bürgerlichen Parteien wollten keine Steuererhöhung, und das städtische Personal sollte nur bei sehr guter Leistung eine geringe Einmalzahlung er-

halten. Die linken Parteien machten sich für die Steuererhöhung von 3% stark und forderten für das Personal die vollständigen Personalmassnahmen. Maximalforderungen also auf beiden Seiten.

Mit einem Kompromissantrag bei der Entschädigung des Personals und dem Antrag auf eine Steuererhöhung von nur 2% konnte sich die EVP als Brückenbauerin bewähren. Beides wurde vom Parlament angenommen. Ohne unseren Einsatz wären viele städtische Angestellte leer ausgegangen und die Steuererhöhung wahrscheinlich nicht durchgekommen.

EVP nötiger denn je

Kompromisse werden oft schlecht gemacht und gerade Mitteparteien, die häufig eine Vermittlerrolle einnehmen, als «Wischi-Waschi-Parteien» belächelt.

Wählerinnen und Wähler wollen Lösungen und keine Grabenkämpfe

Maximalforderungen und radikale Lösungsvorschläge mögen gut sein, um eine Diskussion in Gang zu bringen. Stures Beharren, ohne die Bereitschaft Kompromisse zu schliessen, dient der Sache aber nicht. Denn die Wählerinnen und Wähler wollen Lösungen und keine Grabenkämpfe. Ich bin überzeugt, dass wir als EVP-Fraktion darum im Parlament weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen.



© Margrit Wälti

Fussgängerbrücke bei Sigriswil BE – Die EVP baut politische Brücken

Die EVP Zürich 9 gibt nicht auf

Aktive Kreispartei auch ohne Vertretung im Gemeinderat



Gerhard Bosshard
Präsident EVP Zürich 9

Die Gemeinderatswahlen 2014 waren für die EVP ein Schock. Bekanntlich schaffte sie im Kreis 9 die 5%-Hürde am Wahltag mit genau 5,0 %. Nach der Nachzählung am folgenden Freitag blieben aber nur noch 4,86 % und es reichte nicht mehr.

5%-Klausel muss weg

Die 5%-Hürde wurde zusammen mit dem Umrechnungssystem von Pukelsheim eingeführt, das es möglich macht, dass jede Wählerstimme gleichgewichtig ist, unabhängig von der Grösse des Wahlkreises. Mit der künstlichen Hürde hat

Pukelsheim selbst aber nichts zu tun, da hätten auch 4,86% gereicht. Daher lancierte die EVP Stadt Zürich zusammen mit andern Kleinparteien eine Initiative zur Abschaffung dieser künstlichen Hürde. Sie wird rechtzeitig vor den nächsten Gemeinderatswahlen zur Abstimmung kommen.

Aktiv vor nächsten Wahlen

Die Zeit ohne Gemeinderat nutzen wir mit der Durchführung von thematischen Veranstaltungen, die Grundlagen liefern sollen für eine gute, verantwortungsvolle Politik. So konnten wir den bekannten EVP-Solarpionier Josef Jenni im Albisriederhaus begrüessen, der ein spannendes, unkonventionelles Referat hielt für einen realistischen Weg zur Umsetzung der Energiewende.

STATEMENT



© ZVG

Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat, Affoltern am Albis

«Die Jagd mit Nachtzielgeräten lässt eine bessere Wildschweinregulierung zu.»

Daniel Sommer greift in der Debatte im Kantonsrat zu neuen Ausdrucksformen und bläst ins Jagdhorn.

Flüchtlinge und wir. Was tun?

StopArmut gibt an Lunchgesprächen Anregungen



Mirjam Fisch-Köhler
Seegräben

StopArmut ruft die Menschen in der Schweiz auf, sich für eine gerechtere und barmherzigere Welt einzusetzen. Vier Mal pro Jahr bietet StopArmut in Zürich und Bern Lunchgespräche an zu Themen rund um Nachhaltigkeit und Ökologie. Die Teilnehmenden werden herausgefordert, in ihrem Umfeld aktiv zu werden.

Am Lunchgespräch im November 2015 ging es um unsere Begegnung mit Fremden, Ausländern, Asylsuchenden. Auch EVP-Mitglieder waren dabei, als gefragt wurde: Was erwarten wir von Asylsuchenden? Wie offensiv reden wir von unserem Glauben? Was können oder sollen Kirchen tun? Reichen Spenden nicht mehr, geht es bereits darum, zu teilen? Was können wir in unserem Umfeld beitragen, um die Angst vor den Massen von Flüchtlingen zu mindern?

Hoffungsnetz hilft sofort

«Nothilfe muss sofort stattfinden», erklärte Christa Bauer. Sie ist Geschäftsführerin von TearFund und moderierte den Anlass in Zürich. «Es braucht dafür Geld und das Vertrauen in Organisationen wie Hoffungsnetz, die sich schon lange in den betroffenen Ländern engagieren.» Positiv wirke sich aus, wenn Flüchtlinge privat aufgenommen werden. 500 Familien haben sich bei der SEA gemeldet, die bereit sind, solche aufzunehmen, die schon eine Aufenthaltserlaubnis haben, stellte Bauer fest. So würden sie nicht als diffuse Gefahr wahrgenommen, wie die grosse Anzahl von Asylanten in Zentren.



EVP-Frauen am StopArmut-Lunchgespräch

Persönliches Engagement

Die Diskussion erbrachte ermutigende Resultate. Einzelne Menschen oder Familien persönlich kennen lernen, sich ihre Fluchtmotive anhören, mit ihnen Zeit verbringen, lautete ein Vorschlag.

«Eine Teilnehmerin forderte dazu auf, klar zum eigenen Glauben und den hier geltenden Werten zu stehen.»

Gut eigne sich zum Beispiel gemeinsam zu kochen, zu essen, Spiele zu machen oder sie zum Arzt zu begleiten. Eine Teilnehmerin forderte dazu auf, klar zum eigenen Glauben und den hier geltenden Werten zu stehen. Wer hierher komme, müsse sich den hiesigen Sitten anpassen. «Nur dann sind wir ein Gegenüber,

das Respekt verdient». Dass dies in freundlichem Ton und mit Interesse an der Geschichte des Gegenübers geschehen solle, sei dabei selbstverständlich. Fazit des Lunchgesprächs: Gute Kommunikation, persönliche Begegnungen, ein freundlicher Ton und Taten der Liebe ermöglichen den oft traumatisierten Ankommenden, ein neues Leben zu beginnen. Und im besten Fall Jesus kennen zu lernen.

STOPARMUT

Kampagne der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA)
IBAN CH47 0900 0000 8547 5563 7
www.stoparmut.ch

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie

Mit dem CLICK reduzieren Sie unnötigen Standby-Verbrauch. Zudem sponsern die EKZ Ökostrom für CHF 150.–, bestätigt mit einem persönlichem Naturstrom-Zertifikat.



Wir bringen Energie

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Was bedeutet «Dominus providebit»? (Seite 1)

Frage 2: Wieviele Ehepaare sind durch die Heiratsstrafe benachteiligt? (Seite 5)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

Gewinner

Ausgabe Nr. 141:

Heinz Emch, Pfäffikon

Einsendeschluss:

Ende Februar 2016

Senden an:

EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch

Suchen Sie einen Berater, Handwerker, Architekten oder ein anderes Unternehmen?

Besuchen Sie unsere Webseite und werden Sie fündig!



cgs-net.ch



Christliche Geschäftsführer Schweiz

CGS ECS ICS
Christliche Geschäftsleute Schweiz
Entrepreneurs Chrétiens Suisses
Imprenditori Cristiani Svizzeri



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch



Weingerstrasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Walter Kienast
Marktstrasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch



Offsetdruck
Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch



Klaviere & Flügel

Stimmungen, Reparaturen
Occasionen, Mieten, Expertisen;
Rabatt für alle Mitglieder

Theo Meier (EVP Adliswil)

Klavierbaumeister, Konzertstimmer
Finsterrütstrasse 32, 8134 Adliswil
Tel 044 710 74 65 / 079 668 47 85
Fax 044 710 77 38 / mail@klavier-meier.ch / www.klavier-meier.ch



Wussten Sie...



- ... dass zur Heimstätte Rämismühle ein Hotelbetrieb mit 50 Betten in zwei Komfortkategorien gehört?
- ... dass wir über mehrere Seminarräume mit moderner Infrastruktur verfügen?
- ... dass wir gerne Einzelgäste, Ehepaare und ganze Gruppen beherbergen?
- ... dass wir unsere Häuser mit Solarenergie und Holzschnitzel heizen?
- ... dass die Heimstätte Rämismühle vor über 125 Jahren von zwei Pionierinnen begonnen wurde - und bis heute jung geblieben ist?

- Wohnen im Alter
- Hotel / Bankette / Feiern
- Seminare / Konferenzen
- Gruppenhaus



Heimstätte Rämismühle
Mühlestrasse 8
CH-8487 Rämismühle
Telefon 052 396 44 44
heimstaette@raemismuehle.ch
http://www.raemismuehle.ch

IDEEN MÜSSTE
MAN HABEN



ODER EINE WERBEAGENTUR
MIT VISIONEN.

P+S Werbung AG 8184 Bachenbülach Tel. 044 864 40 40 www.pswerbung.ch

GEWERBE

P+S Werbung AG
Grafik, Werbung, Beschriftungen
Weieracherstr. 10, 8184 Bachenbülach
Tel. 044 864 40 40, mail@pswerbung.ch

FOTO WELTI AG
Lindenplatz 4, 8048 Zürich
Tel. 044 431 11 31, office@fotowelti.ch

saldor treuhand ag
Allmendstrasse 14, 8320 Fehraltorf
Tel. 043 355 78 78, Fax 043 355 78 79
www.saldor.ch, andreas.bieri@saldor.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Verwaltung der EVP-Liegenschaften
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03
sekretariat@bgj32.ch, www.bgj32.ch

Die *jevp setzt ein Zeichen in der Flüchtlingsdebatte

Bericht von einer Strassenaktion



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter,
Richterswil

Die *jevp beobachtet die Hetze gegen Asylbewerber mit grosser Besorgnis. Flüchtlinge sollen nicht wie Dreck behandelt werden. Darum fordert die Jungpartei auch konkrete Massnahmen. Das grosse Engagement vieler Einzelpersonen lässt sie die Hoffnung nicht verlieren.

Unter den Jungparteien setzt die *jevp klare Zeichen für die Menschenwürde. Schon im Zusammenhang mit der PID-Abstimmung hat die *jevp an der Seepromenade eine Strassenaktion durchgeführt und auf die menschenverachtenden Grundzüge der Vorlage hingewiesen. Genauso empört sich die *jevp Zürich über die Hetze gegen Asylbewerber. Die Schweiz muss der aktuellen Flüchtlingskrise mit Solidarität statt Angstmacherei begegnen. Neben persönlichem Engagement sind auch konkrete Massnahmen im Asylwesen von Nöten. Mit Flyern auf Kehrichtsäcken «Flüchtlinge nicht wie Dreck behandeln!» demonstrierte die *jevp konkret für dieses Anliegen.

Private Aufnahme vereinfachen

Die Hoffnung steckt im Kleinen. Darum soll die persönliche Hilfe von freiwilligen Helfern, welche oft auch im Rahmen von kirchlichen Institutionen geleistet wird, unterstützt und nicht zusätzlich erschwert werden. Die Jungpartei fordert deshalb unter anderem eine Entbürokratisierung der privaten Aufnahme von Asyl-



Strassenaktion der *jevp «Flüchtlinge nicht wie Dreck behandeln!»

suchenden. Zudem soll Asylsuchenden erlaubt werden, zugunsten der öffentlichen Hand freiwillige Arbeit zu leisten.

Persönlicher Einsatz

An Berufsschulen, Gymnasien und auch an Hochschulen ist es möglich, innerhalb der Klassen klare Positionen zu vertreten und so der Hetze entgegen zu wirken. Dies ist gerade in ei-

nem Alter sehr wichtig, wo die ethischen Werte noch nicht stark festgelegt sind. Die *jevp setzt sich hier ein und wirkt am Meinungsbildungsprozess mit. Dies tun einzelne Jungparteimitglieder persönlich in ihren eigenen Klassen. Zudem nehmen wir an vielen Schulpodien teil. Hier, in persönlichen Gesprächen und Ermutigungen tragen wir zu einer Vermenschlichung der Asyldebatte bei.

WERDEN SIE MITGLIED BEI DER EVP

Durch Ihre Mitgliedschaft in der EVP oder *jevp unterstützen Sie unsere Arbeit. So gestalten Sie die Zukunft unseres Landes mit. Bei Interesse rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine E-Mail.

044 271 43 02

sekretariat@evpzh.ch

ANZEIGE

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf (afrikanisches Sprichwort)

familynetwork.ch ist eine christliche Non-Profit-Organisation, die Kindern freilich nicht die Unterstützung eines ganzen Dorfes anbieten kann. Wir setzen uns jedoch dafür ein, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, deren Familien gewisse erzieherische Aufgaben vorübergehend oder dauerhaft nicht übernehmen können, in eine passende Pflegefamilie zu platzieren.

Mehr Informationen unter: www.familynetwork.ch
Kontakt: info@familynetwork.ch
oder Telefon an Frau M. Steiger 062 205 19 50

AGENDA

EVP tanzt aus der Reihe

11. Februar, 19.00 Uhr
Zürich, Kirche St. Katharina,
Wehntalerstrasse 451
Schnupperkurs Disco Swing

Stammtisch

22. Februar, 18.30 Uhr
Zürich, Zeughauskeller, Bahnhofstrasse 28a
Stammtisch Gruppe Recht und Justiz

Kantonalvorstand

24. Februar, 19.15 Uhr
Zürich, Glockenhof, Sihlstr. 33
Vorbereitung 99. DV, Konstituierung

Abstimmungen

28. Februar

Topaktuell

16. März, 18.30 Uhr
Winterthur, Im Gate 27, Theaterstrasse 27
Aktuelles Thema am Stammtisch

99. ord. Delegiertenversammlung

19. März, ab 9.30 Uhr
Kloten, Evang.-ref. Kirchgemeindehaus
Ordentliche Geschäfte, Neuwahlen,
Abstimmungen

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

CARTOON



Dominus providebit (Der Herr sorgt vor) – Wie lange gilt noch, was auf dem Fünfliber-Rand steht? Die EVP schärft den Blick auf den drohenden Werteverlust.

PAROLEN

Abstimmungen vom 28. Februar 2016

Bund

- JA** VI «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»
- NEIN** VI «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»
- JA** VI «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln»
- NEIN** 2. Gotthardröhre: Bundesgesetz über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)

Kanton

- NEIN** Notariatsgesetz (NotG) (Reduktion der Grundbuchgebühren)
- NEIN** Verwaltungsrechtspflegegesetz (Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren)
- NEIN** VI «für die öffentliche Bildung (Bildungsinitiative)»
- JA** VI zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative)

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. Redaktionsteam: Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renate Herren (rh), Adlikon ZH, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius (aph), Volketswil, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. Freie **Mitarbeiter/innen:** Nancy Bolleter, Winterthur, Gery Bosshard, Zürich, Gerhard Fischer, Bäretswil, Nik Gugger, Winterthur, Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon ZH, Maja Ingold, Winterthur, Tobias Mani, Wädenswil, Walter Meier, Uster, Daniel Sommer, Affoltern am Albis. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. Abonnement: Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Postkonto: 87-467939-4. Auflage: Druck: 41'000; WEMF-beglaubigt 41'955. Erscheinungsweise: 4 x jährlich. Verschiedenes: Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.